

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 10

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

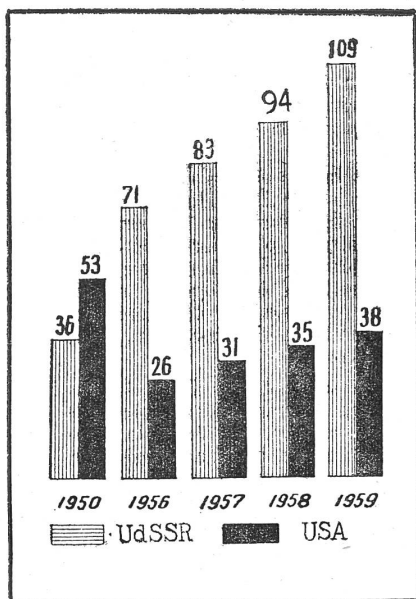
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Ingenieurausbildung

Die Promotion von Ingenieuren in der UdSSR und den USA in den Jahren 1950 bis 1959 (in 1000) nach einer Statistik aus «Les Nouvelles de Moscou» vom 4. März 1961.

tigkeit der auf Oelheizung umgestellten Hüttenwerken hängt von den sowjetischen Oellieferungen ab.

Solange benötigt

Dieser ganze, auf die Einfuhr von Investitionsgütern aufgebaute Handel ist zeitbedingt und wird nach der Beendigung der Industrialisierung des Ostblocks aufhören. Diese Tendenz ist in den verschiedenen östlichen Erklärungen und Publikationen schon jetzt zu erkennen, die die Westimporte als ein «notwendiges Übel» bezeichnen, das sobald als möglich abzustellen sei. Ganz im selben Fahrwasser läuft auch jene grossangelegte DDR-Kampagne, die gegenwärtig unter dem Schlagwort «Unabhängigkeit von den Westimporten» geführt wird.

Um diese Importe finanzieren zu können, müssen die Ostblockländer entsprechende Exporte tätigen, vorwiegend Rohprodukte, da sie über andere, auch im Westen gängliche Erzeugnisse verfügen. Praktisch handelt es sich um ein Tauschgeschäft, wobei von östlicher Seite nur von dorthin importiert wird, wohin man auch exportieren kann. Infolge der genau spezifizierten Einkaufswünsche des Ostblocks konzentrieren sich die westlichen Exportmöglichkeiten, was ebenfalls zu bedenken ist, nur auf einem verhältnismässig beschränkten Firmenkreis und die dafür gelieferten Waren — wie gesagt meistens Rohstoffe — vermindern auf der anderen Seite die Aufnahmefähigkeit der westlichen Handelspartner in dieser Sparte, womit nur die Beziehungen zu den traditionellen und stabilen Handelspartnern gefährdet werden. Dasselbe gilt übrigens auch für die Entwicklungsländer, mit denen die Beziehungen ebenfalls in Gefahr geraten könnten, wenn der Westen seine Kaufmöglichkeiten für Rohstoffe in erhöhtem Mass an den Ostblock abtreten würde.

Literatur

Sowjetunion Schlacht um die Jungen

Kürzlich fand in Moskau eine Konferenz der leitenden Funktionäre verschiedener Schriftstellervereine statt, die der Frage «Kommunistische Erziehung und die zeitgenössische Jugendliteratur» gewidmet war. Die Bedenken der Parteileitung und der Propagandafunktionäre gegen die mangelhafte ideologische Treue der Jugend den Grundsätzen des Kommunismus gegenüber, äusserte mit aller Deutlichkeit der als sehr parteitreu bekannte Präsident des Schriftstellerverbandes der RSFSR L. Sobolev: «Die Geschichte ruft uns Schriftsteller wieder an die Front, an unsere Front, an die Front des ideologischen Kampfes. Die erste Schlacht wird um die Jugend stattfinden. Zum Schutze jener, die mit dem Aufbau des Kommunismus beginnen, jener, die seinen Sieg bestimmt erleben werden, jener, deren junge Seelen und Geist in die Netze der alten Welt eingefangen werden sollten. Der tödende Geist dieser Welt, dringt in Form von bunten Deckhüllen der Romane, der Filme, der Theaterstücke und der Radiosendungen ein.

Grosse Mühe haben die Jugenderzieher bei der Bekämpfung der sich in den letzten Jahren stark entwickelten Privateigentumstendenzen. An der erwähnten Konferenz wurde festgestellt: «Am schlimmsten, am tragischsten ist die Tatsache, dass diese dunkle und mächtige Erbschaft des Alten den Geist der Jugend vergiftet.» Interessant ist dabei die Tatsache, dass die Privateigentumstendenzen nicht nur eine potentielle Gefahr für die Jugend darstellen, sondern ihren Geist bereits «vergiftet».

An der Konferenz wurde auch scharfe Kritik an der Qualität vieler Jugendbücher geübt, die als langweilig und eintönig bezeichnet wurden. In den Jugendbüchern sollen gemäss den Vorschlägen der Konferenzteilnehmer anstelle der obligaten jungen Helden, welchen alles klar ist und die selbst felsenfest überzeugt sind, junge Helden treten, die «mit den Schattenseiten der Wirklichkeit Bekanntschaft machen». Dieser Vorschlag entspricht der heutigen allgemeinen Tendenz der Sowjetpropaganda: man verneint nicht die Mängel und Missstände, man räumt auch der Unzufriedenheit Platz ein, erklärt aber die Mängel durch die Fehler der ausführenden Instanzen und lenkt dadurch die Unzufriedenheit in bestimmte kontrollierbare Bahnen, die die Grundsätze des Systems nicht berühren.

Auch im ausführlichen Bericht über die Konferenz, der in der Zeitung «Litaratura i schiznj» erschienen war, kam die Unruhe, ja sogar Angst der verantwortlichen Leiter der ideologischen Erziehung der Jugend zum Vorschein: «Unsere Feinde scheuen keine Mittel, um ihren Einfluss auf die sowjetische Jugend zu verstärken... der Schriftsteller muss die jungen Seelen vor den fremden Winden schützen... unsere Jugend muss lernen, in den süßen Reden der westlichen Demagogen das tödliche Gift der bürgerlichen Ideologie zu erkennen... es darf keine Kinder- und Jugendseele geben, die ohne unseren Einfluss bleibt... keine einzige Seele den ausländischen Winden preisgeben.»

Aus diesen Beschwörungen spricht deutlich die Angst und die ideologische Treue der Jugend, die Angst wegen des entschwindenden Einflusses auf die junge Generation. Diese Angst vor der nichtkommunistischen Ideologie bedeutet aber gleichzeitig Anerkennung ihrer Wirksamkeit.

120 sowjetische Autobusse der Marke «Skoda» werden demnächst in und um Athen verkehren. Bestellt wurden sie von der neuen Athener Autobusgesellschaft, die vom griechischen Verkehrsministerium gegründet wurde. Ein Vertrag über den Ankauf von 45 weiteren Fahrzeugen ist in Aussicht genommen.

Nicht nur Italien, sondern auch Schweden verkauft beachtliche Mengen von Stahlröhren für sowjetische Pipelines. Die Gesellschaft «Grangesberg» wird 135 000 Tonnen dieses Materials zwischen 1962 und 1964 für den Bau der Leitungen Wolga—Ural—Wladiwostok und Wolga—Ural—Baltikum liefern. Der Mangel an Teilrohren hat den Bau der Oelleitung, welche die baltischen Häfen mit den zentralrussischen Oelfeldern verbinden sollte, beträchtlich verzögert.

Propaganda

Die Briefmarke als Plakat

Was in vielen Ländern, so auch in der Schweiz, mit der Ausgabe neuer Briefmarken verbunden wird, nämlich die Werbung für bestimmte kulturelle und soziale Werke oder Anlässe, wird in der Sowjetunion in einem viel grösseren Umfang gemacht. Es gibt kaum ein Ereignis der Innen- und Aussenpolitik, das nicht auf den Briefmarken wiedergegeben wird. Konferenzen des Weltfriedensrates und Parteikongress der KPdSU, Kolonialismus in Afrika und Maisanbau in der Ukraine, Ehrung der Führer des internationalen Kommunismus und neue sowjetische Kraftwerke, alles das wird auf den Briefmarken reproduziert.

Die Briefmarke ist zu einem kleinen Plakat geworden und wird auch dementsprechend gestaltet: Flüche an die Adresse der Kapitalisten und Planzollzahlen des Siebenjahresplanes schmücken diese zeichnerisch und polygraphisch oft recht gut ausgeführten Postwertzeichen. Die sowjetische Postverwaltung gibt zwar auch viele Briefmarken von kulturellem Wert heraus, so z. B. zu allen möglichen Jubiläumsdaten der Schriftsteller, Maler und Künstler. Ihre Zahl ist aber so gross, dass der Wert der Ehrung verloren geht.

Die Gesamtzahl der Neuausgaben ist ausserordentlich hoch. Im Jahre 1960 erschienen 129 Briefmarken und für 1961 sind über 130 Neuausgaben vorgesehen. Dies bedeutet jeden dritten Tag eine neue Briefmarke. Ausser der unverhältnissmässig hohen Zahl der Neuausgaben sind es die Propagandasujets, die viele ausländische Sammler vom Sammeln sowjetischer Briefmarken abhalten.

Seit 30 Jahren, seit der ersten sowjetischen Briefmarke im Jahre 1921, die den Sieg der Arbeiterschaft über den Kapitalismus symbolisch darstellte, steht die Philatelie in der Sowjetunion vorwiegend im Dienste der politischen Propaganda.

Wirtschaft**Polen****Selbst ist das Kollektiv**

Ein Rezept, um die unter anderem auch leistungshindernde Parteikontrolle zu umgehen und doch den Forderungen einer kollektiven Handlung nachzukommen, hat der Direktor eines Lodzer Warenhauses ausprobiert, wenn ihm auch das Gericht von der Warschauer «Głos prazy» versalzen wurde. Er errichtete einfach sein eigenes Kollektiv, das ihn selbst, seinen Stellvertreter, den Oberbuchhalter und die Abteilungsleiter umfasste. Alle wichtigen Beschlüsse wurden von diesem Gremium durch Abstimmung gefasst, so dass sich der Betrieb immer auf eine kollektive Leitung berufen konnte.

Die Warschauer Zeitung ist allerdings mit dieser Lösung keineswegs einverstanden und interpretiert sie wohl nicht unrichtigerweise als Versuch, den Partei- und Gewerkschaftseinfluss auszuschalten oder wenigstens zu reduzieren. Der Direktor, der sich mit den Parteioorganisationen nicht verständigen könne, verstosste gegen gesetzliche Vorschriften und missachte gesetzlich garantierte Befugnisse der gewerkschaftlichen Betriebsorgane.

Nun ist dieses Fachleutekollektiv, das nach beruflichen und nicht nach parteimässigen Gesichtspunkten zusammengestellt wurde, möglicherweise ein Einzelfall, aber sicherlich symptomatisch. Er spiegelt den Widerwillen von Fachleuten und Fachorganen gegen Parteikontrolle und Parteiführung, die ohne genügende geschäftliche Verantwortung und Kompetenz das Wirtschaftsleben dominiert. Reibereien zwischen verantwortlicher Betriebsführung und Parteiorganisation gehören zur Tagesordnung. Versuche zu «Selbsthilfekollektiven» wie der oben beschriebene, haben gelegentlich ihre Parallelen auch in der Landwirtschaft gefunden, wenn sich etwa praktisch privat wirtschaftende Bauern entschlossen, sich zusammen als LPG auszugeben. Wohl waren solche Versuche von kurzer Dauer, aber es mangelt nicht an immer neuen Anläufen, mit Hilfe von formalistischer Phantasie der Parteikontrolle ein Schnippchen zu schlagen.

Touristik**Tschechoslowakei****Reisebüro
Gewerkschaftsleitung**

Die Teilnehmer an den organisierten Auslandsreisen der Tschechoslowakei werden jetzt gewerkschaftlich bestimmt, wie aus einem Artikel der Pressburger Zeitung «Prawda» hervorgeht. Eine Neuorganisation sieht vor, die vorhandenen Plätze auf die einzelnen Landkreise und innerhalb dieser vor allem auf die grösseren Betriebe aufzuteilen. Die endgültige Sichtung trifft dann der Betriebsrat der Gewerkschaft, womit «eine richtige Auswahl der Teilnehmer gewährleistet wird.»

Der Touristenverkehr der CSSR soll laut «Zemedeleske Noviny», Prag, dieses Jahr einen weiteren Aufschwung nehmen. An den vom staatlichen Reisebüro «Cedok» organisierten Auslandsfahrten sollen 169 000 Personen teilnehmen, gegenüber 157 000 im Vorjahr. Noch stärker soll der Fremden-

verkehr nach der CSSR ansteigen, nämlich von 135 000 auf 190 000 Touristen. Unter diesen waren letztes Jahr 40 000 Besucher aus dem «kapitalistischen Ausland» dabei.

Für die Tschechoslowaken selbst werden natürlich in erster Linie Reisen in die «sozialistischen Länder» vorbereitet. Die grössten Kontingente werden nach Ungarn, der deutschen Sowjetzone, Bulgarien und der Sowjetunion fahren. Schiffreisen mit dem Touristendampfer «Transylvania» sind unter anderem auch nach Aegypten vorgesehen.

Das Spiel mit dem Parlament

Seit dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 1956 wird im Osten ein heftiger Streit zwischen den Anhängern des gewaltsamen und des friedlichen Uebergangs zum Sozialismus geführt. Kürzlich ist nun in London die Uebersetzung eines tschechischen Dokumentes aus dem Jahre 1957 erschienen, welches für das Verständnis dessen aufschlussreich ist, was im kommunistischen Herrschaftsbereich unter unblutigem Uebergang zum Sozialismus verstanden wird.

Das Dokument Jan Kozaks, eines führenden Theoretikers der KP und Mitgliedes des tschechoslowakischen Parlamentes, betitelt sich: «Wie ein Parlament eine revolutionäre Rolle beim Uebergang zum Sozialismus spielen kann, und die Rolle der Volksmassen.»

Dieses Dokument bildet einen Wegweiser für jeden, der gegen eine wirklich demokratische Regierung konspirieren will. Es basiert auf dem Beispiel der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechos-

lowakei und argumentiert, dass es möglich sei, das parlamentarische System zu benutzen, um die demokratischen Kräfte zu stürzen, und zwar auch dann, wenn diese noch im Besitze einer parlamentarischen Mehrheit sind. Die tschechoslowakische Erfahrung, zusammen mit anderen, durch andere Parteien gewonnenen Erfahrungen zeigt, meint der Verfasser, dass der Bourgeoisie, welche «ihre Macht nie durch einfachen parlamentarischen Akt aufgibt», in einem opportunen Augenblick ihre Macht ohne einen bewaffneten Aufstand und ohne Bürgerkrieg entzogen werden könne.

Die Zusammenlegung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der Tschechoslowakei ist für die Dauer der Feldarbeiten eingestellt worden und wird im Herbst wieder aufgenommen.

Landwirtschaft**Ungarn****Später – später – später**

Ueber die Unterschiedlichkeit der Mitgliedschaft bei den LPG (Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften) bespricht sich ein Artikel in «Köznevelés» Nr. 4, 1961 unter dem Titel «Für eine einheitliche sozialistische Bauernklasse».

Es gibt nämlich beträchtliche Gegensätze zwischen alten und neuen Mitgliedern. Ausserdem stehen die ehemaligen Klein- und Mittelbauern mit der ganzen Einrichtung auf Kriegsfuss. Die «Mittelbauern» erklären resigniert: «Den Boden haben wir zwar mitgebracht, den Rang aber nicht.» Der einstige Landwirt sitzt jetzt nämlich

Kenia auf dem Weg zur Unabhängigkeit

Kenia (Kenya Colony and Protectorate.) (Siehe auch Nr. 45 des KB vom 30. November 1960.)

Politische Zugehörigkeit: Eigentliches Kenia als Kolonie dem britischen Kolonialministerium unterstellt und in sechs Provinzen gegliedert. Dem britischen Gouverneur steht laut der dieses Jahr in Kraft getretenen Verfassung eine einheimische Regierung zur Seite.

Parlament aus 65 Mitgliedern, wobei zehn Sitze für die Weissen reserviert sind. Am 12. Januar 1960 wurden die aus Anlass des Mau-Mau-Terrors 1952 eingeführten Notstandsmassnahmen aufgehoben. An einer Konferenz, die vom 18. Januar bis 21. Februar 1960 in London stattfand, wurde eine Uebergangsverfassung ausgearbeitet, diese sah eine afrikanische Mehrheit in der Gesetzgebenden Versammlung, aber noch keine Selbstregierung vor. Die Mehrheit der weissen Siedler lehnte die neue Verfassung jedoch ab. Am 31. März wurden afrikanische Minister in die Regierung aufgenommen und im Frühsommer 1960 lebte an verschiedenen Orten der Mau-Mau-Terror erneut auf. Der Exführer der Mau-Mau, Kenyatta (siehe KB Nr. 9) wurde Vorsitzender der «Afrikanischen Nationalen Union Kenias», der radikale Politiker Mboya Parteisekretär. (Siehe heutiges Curriculum.)

Bodenfläche: 582 600 Quadratkilometer.

Einwohner: 6 450 000. Ueberwiegend Bantu-Neger (über 1 Million Kikuyu), ausserdem

Niloten und hamitische Gruppen, rund 140 000 Inder, 47 000 meist britische Europäer, 30 000 Araber.

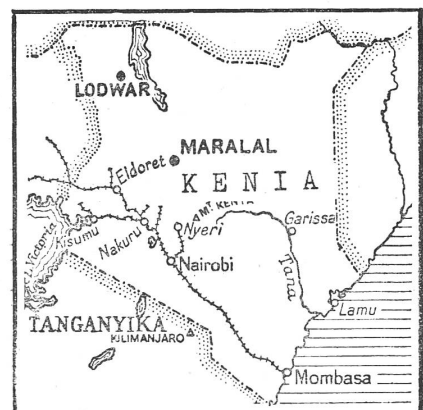
Hauptstadt: Nairobi (210 000 Einwohner). Sprache: Amtssprache Englisch. Umgangssprache Dialekte der Bantu, Niloten, Hamiten, Inder und Araber.

Religion: Ueberwiegend Angehörige von Naturreligionen. Christliche Minderheiten, arabische und indische Mohammedaner, Hindus.

Wichtiger Hafen: Mombasa-Kilindini (90 000 Einwohner).

Wichtige Ausfuhrsgüter: Sisal und Kaffee (je über ein Fünftel des Ausfuhrwertes), Tee, Häute, Felle.

Ostafrikanisches Zollgebiet.



zusammen mit seinen Tagelöhnern und Knechten. Die neuen Mitglieder der LPG sind aber auch darüber verbittert, dass sie mithelfen sollen, die alten Schulden der LPG abzutragen. Unstimmigkeiten entstehen sodann über die Art und Weise der Verteilung des Einkommens. Es sei nun die Aufgabe der örtlichen Schulen, so meint das Blatt, sich für die Abschaffung der geschilderten Gegensätze und für die Entwicklung einer einheitlichen Bauernklasse einzusetzen.

Dass es bei der Kollektivierung in Ungarn nicht klappen will, zeigt aber auch eine Kritik in «Tarsadalmi» Nr. 2, 1961, in der sich der Verfasser (Sandor K. Nagy) mit der Förderung derjenigen Verteilungsformen in den LPGs befasst, welche der Produktionserweiterung dienen. Es wird daran erinnert, dass gemäss gesetzlichen Vorschriften die LPGs den unteilbaren Fonds jährlich mindestens um 10 Prozent der unter die Mitgliedschaft zu verteilenden Summe erhöhen sollten, was leider bei vielen LPGs nicht gemacht wird. Es werde sogar ein Teil dieses Fonds unter die Mitgliedschaft verteilt. (Der Verfasser schlägt auch vor, 60 bis 80 Prozent des nach der Arbeitsleistung zu bezahlenden Lohnes monatlich in Geld auszubezahlen. Der Rest soll Ende des Jahres ausgerichtet werden.) Diese Fonds, die angelegt werden und unteilbar sind, dienen (als Reproduktion) der Entwicklung der Volkswirtschaft wie zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung — so heisst es wenigstens in der offiziellen Wirtschaftslehre. In Wirklichkeit (die Red.) bedeutet die «erweiterte sozialistische Reproduktion» nichts weniger als die theoretische Rechtfertigung der systematischen Ausbeutung der Werktätigen unter Berufung auf Zukunftspläne. «Erweiterung der Produktion von Produktionsmitteln, weil dadurch später die Erweiterung der Produktion von Konsumgütern möglich wird», heisst es in der Theorie bereits seit 43 Jahren. Diese Theorie wird jetzt auch in der Landwirtschaft immer mehr angewandt: Erweiterung des unteilbaren Fonds, um später das Einkommen der SPG-Mitglieder erhöhen zu können. Wann aber diese Erhöhung eintreten wird, darüber weiss niemand Bescheid. Man wird es vielleicht auch erst später einmal erfahren.

Die Buchbesprechung

Die ungarischen Strafgesetze

(Deutsche Uebersetzung und Einleitung von Dr. Ladislaus Mezöfy, Berlin, Walter de Gruyter & Co., 1960.)

Das Buch ist das 77. Heft der «Sammlung ausserdeutscher Strafgesetzbücher in deutscher Uebersetzung» (herausgegeben von Prof. Hans-Heinrich Jeschek und Prof. Dr. Gerhard Kielwein, Universität Freiburg i. Br. und Saarbrücken). Es enthält eine kurze, aber fraglich gut und überblickbar gefasste Einleitung über die Richtlinien der Entwicklung der ungarischen Strafgesetzgebung und die «Amtliche Zusammenstellung der geltenden materiellen strafrechtlichen Normen. Aus der das «StGB» ersetzenden «Zusammenstellung» ist ersichtlich, dass das Regime die drastischen Vorkriegsnormen in Kraft belies — jene nämlich, welche von den Geschichtswissenschaftlern als «erfaschistisch» gebrandmarkt wurden — ferner, dass die in den Jahren 1945–1953 erlassenen Richtlinien diejenigen vor 1945 punkto Schärfe bei weitem übertreffen, und dass die Regierung — im Interesse des Klassenkampfes — bestrebt ist, eine völlige Unsicherheit der Strafjustiz hervorzu-rufen, und zwar mit Hilfe der sogenannten «Sozialgefährlichkeit» der Straftatungen. Dies ermöglicht es, jedem Urteil einen ausgeprägten klassenkämpferischen Aspekt zu verleihen. Denn es ist klar, dass jede Handlung, die dem Regime als gefährlich erscheint, von Fall zu Fall als «sozialgefährlich» bezeichnet und dement-sprechend geahndet werden kann.

RE.

Dichtung

Jugoslawien Der Fall Miljkovitsch

*Der Gedanke, der nicht denken kann,
Eroberte die Welt. Es ist zu spät
Etwas zu sagen,
Den Vögeln, den Menschen, selbst den
Toten,
Die ehrlich starben und im Grab ver-
wesen,
Was ihnen Klarheit schaffen würde.*

Diese Zeilen, überschrieben «das verzweifelte Gedicht», fanden sich im Nachlass des jungen jugoslawischen Lyrikers Branko Miljkovitsch, der am 12. Februar in Zagreb an einem Weidenbaum erhängt aufgefunden wurde.

Der Freitod des 26jährigen Dichters, der sich grosser Beliebtheit erfreut hatte und erst im letzten Oktober mit dem Literaturpreis der Stadt Belgrad ausgezeichnet worden war, hat in der jugoslawischen Öffentlichkeit lebhaft Diskussionen ausgelöst. Neid, Intrigantentum, Unverständnis, die ihn erbittert und isoliert hätten, wurden in der Presse gebrandmarkt. Die Möglichkeit, dass er im systemstarrten Gedankenzwang des Kommunismus keinen Raum für dichterisches Denken fand, bleibt unerwähnt.

Gewiss, für eine konkrete Auflehnung gegen den Marxismus lassen sich beim apolitischen Lyriker keine allzu schlüssigen Indizien finden. Sein Schicksal braucht nicht identisch zu sein mit jenem des russischen Dichters Jessenin, der vor seinem freiwilligen Tod 1925 sagte: «Der rauhe Oktober (Oktoberrevolution) hat mich enttäuscht.» Gewiss sind junge Lyriker schon zuvor an der Auseinandersetzung mit der Umwelt gescheitert. Aber der kommunistische Totalitarismus, der jede Aeusserung des Geistes nur in seinem Dienst anerkennt, ist zu symptomatisch für den Gedanken, der kein freies Denken zulässt, um den Tod Miljkovitsch ausserhalb der ideologischen Frage zu stellen.

Dieser Hintergrund dürfte auch dann seine Gültigkeit bewahren, wenn die persönlichen Gründe zutreffen, die in der Presse als Selbstmordursache angeführt werden. Miljkovitsch siedelte Ende letzten Jahres aus der jugoslawischen Hauptstadt nach Zagreb über, anscheinend weil sich in literarischen Kreisen Belgrads eine feindselige Stimmung gegen den erfolgreichen Lyriker herausgebildet hatte, wobei Miljkovitsch auch wegen des parteifremden «unnützen» Charakters seiner Poesie angegriffen wurde. In Zagreb habe er sich in die auch seelische Emigration gedrängt gefühlt und sei dem Alkohol verfallen.

Bei einem Gelegenheitsbesuch in Belgrad schrieb er der Zeitung «Duga» einen Brief, in dem er sich von allen seinen Werken lossagte, was zu einer öffentlichen Umfrage («Warum hat sich ein Dichter von seiner Poesie losgesagt») und einer gegen ihn gerichteten Polemik führte. Die Umstände, die zu dieser — später von ihm als «alkoholbeeinflusst» widerrufenen — Erklärung führten, werden den Lesern in einer dramatischen Schilderung vor Augen geführt:

Betrunken in einem Belgrader Café sitzend habe er meditiert: «Was bedeutet reine Poesie? Nichts.» Darauf habe ihm ein Freund die Frage gestellt: «Und was bedeutet Deine Dichtung?», um ihm auf die Antwort: «Auch nichts» zu raten: «Dann verneine Deine Poesie», Sogleich habe Milj-

kovitsch die verhängnisvolle Absage an sein Werk zu Papier gebracht und dem «Duga»-Redaktor zugeschickt.

Wie immer sich die Szene abgespielt hat, jedenfalls führte der zum Fall Miljkovitsch gewordene Brief zu einer erregten öffentlichen Diskussion, aus welcher der nunmehr stark befähigte Dichter trotz seiner Lossage von seiner Lossage nicht mehr entinnen konnte. Er scheint zusehends verstörter geworden zu sein, und nach einem ersten erfolglosen Selbstmordversuch schied er im Februar aus dem Leben.

Bei Kriegsende war Miljkovitsch elf Jahre alt. Die entscheidenden Jahre der Persönlichkeitsbildung erlebte er also unter dem kommunistischen Regime. Seine ersten Gedichte veröffentlichte er 1952. Acht Jahre lang war er dann ein anerkannter Dichter, Essayist und Schriftsteller. Persönliche Missgunst von Kollegen und ähnliche Motive reichen nicht aus, um die allmählich wachsende Verzweiflung zu erklären, die ihn überkam. Was alles enthalten die folgenden Verse, die ebenfalls nach seinem Tod gefunden wurden?:

Glücklich ist, wer noch lebt, nachdem er alles gesagt,
Glücklich, wer aus dem gedichteten Wald noch herauskommt,
Aus dem gedichteten Meer und dem Rest der gemeinplätzigsten Orte,
Und alles Gedichtete zurücklassen kann,
Und seine Gedichte nicht mit dem Kopf zahlt.
Wem nützt ein geschicktes Gedicht?
Es verleumdet und belügt die obere und die untere Welt.
Es lacht das Gleichgewicht aus, wie ein Page, welcher den Himmel beschreibt.

Mit einem Sulzer Motor von 7800 PS ausgerüstet wird ein jugoslawisches Handelsschiff von 14 000 Bruttoregistertonnen, das in der Werft «3. Mai» von Rijeka für die Londoner Gesellschaft Gebrüder Lemos hergestellt wird.

Demokratie

Rumänien

«Demokratie»

Die Parlaments- und Ratswahlen vom 5. März in Rumänien brachten eine Stimmbeteiligung von über 99 Prozent, laut Radio Bukarest «ein Zeichen für die Begeisterung der Bevölkerung für die Politik der von Genosse Gheorgiu-Dej angeführten Partei.» Die Werktätigen begaben sich betriebsweise geschlossen zu den Urnen, hiess es in einer andern Sendung der gleichen Quelle. Man kann die Begeisterung auch obligatorisch organisieren.

Alle Wahllokale waren festlich geschmückt worden. Die verschiedenen Gruppen der Stimmenden wurden mit Fahnen und Musik abgeholt. In Bezirken, wo hohe Parteifunktionäre kandidierten, wurde dafür gesorgt, dass schon bis Mittag die Wahlbeteiligung nahezu hundert Prozent betrug.

Zu wählen waren 465 Parlamentsabgeordnete und 140 000 Delegierte der Volksräte.

Wirtschaft

China

«Berichtigungskampagne»

Die katastrophale Ernährungslage in China hat neben verschiedenen wirtschaftlichen Umstellungen und Massnahmen, neben den Getreide-Einkäufen im Westen und einer Lockerung des streng von der Partei aus

geleiteten Kommunensystems noch zu einer besonderen Bewegung geführt, die einer Anerkennung der vom System begangenen Fehler gleichkommt. Sie heisst Berichtigungskampagne, soll «Unzulänglichkeiten» aufheben und in zahlreichen Produktionszweigen Reorganisationen herbeiführen, die zum Teil wieder eine Abkehr der extremistischen Methoden bedeuten. Hand in Hand damit gehen auch die am letzten Parteitag angekündigten Säuberungen in den Reihen der eigenen Funktionäre weiter, die der Sabotage, der Nachlässigkeit und im mildesten Falle der Inkompetenz beschuldigt werden.

Bereits hat jetzt die «Tschentshi»-Kommune im Bezirk Tschintan eine Produktionssteigerung infolge der Berichtigungskampagnen gemeldet. Aus der Arbeit, die dafür geleistet worden sei, werden gründliche Diskussion, Koordination der Produktion, Lebenshaltung und der ideologischen Schulung genannt. Nicht zuletzt wird vermerkt, dass die Umschulung vor allem dem Parteikader galt, das jetzt auf allen Stufen an der Produktionsarbeit teilzunehmen hat und «damit der Lebenshaltung der Kommunenmitglieder mehr Aufmerksamkeit schenkt.» Damit ist auch deutlich geworden, woran die Kommunen nicht zuletzt kranken: am wirtschaftlichen Parasitendasein der Parteifunktionäre, die lediglich politischen Terror ausübten, ohne der Gütererzeugung zu helfen. «Das politische Verständnis der Kader wurde infolge der Berichtigungskampagne sehr gehoben», verkündete Radio Nanking in seinem Bericht über die Kommune Tschengtschi.

Die chinesische Armee im Tibet

— so schreibt die in Lhasa erscheinende Zeitung «Hsin Hua» — hat der tibetischen Volksregierung bei der Durchführung des demokratischen Reformprogrammes geholfen (das ohne «Mithilfe» der chinesischen Truppen nie durchgeführt worden wäre). Die in Tibet stationierten chinesischen Einheiten hätten 1960 über 102 900 Bewässerungskanäle gebaut und über 1,5 Millionen Quadratmeter Bewässerungsfläche angelegt.

Zum Bau des ersten Wasserkraftwerkes des Landes hätten sie 440 000 Arbeitstage beigetragen und ausserdem 28 Schulen für die einheimische Bevölkerung errichtet. Auch an der Agrarproduktion seien sie beteiligt gewesen (vor allem am Wegtransport, wie sich bei der grossen Hungersnot herausstellte). Sicher lässt sich aus den Zahlen jedenfalls schliessen, dass die chinesische Armee in grosser Stärke im Tibet anwesend ist und sämtliche Lebensbereiche kontrolliert.

Dreizehn Ladakhi-Lamas, welche von den chinesischen Behörden — nach einer Korrespondenz zwischen den Regierungen Indiens und Chinas — freigelassen worden waren, trafen in Kalimpong ein. Die Lamas wurden während des Aufstandes in Tibet in Haft genommen. In einer Erklärung, welche die Lamas in Kalimpong abgaben, heisst es, dass die Chinesen die Gefangenen, einschliesslich der Kashmiris und Ladakhis, gezwungen haben, Blut für die Blutbank abzugeben, welche letztere kürzlich in Lhasa zum Nutzen der Chinesen eröffnet worden ist. Ferner erklärten sie, dass die Gefangenen dazu gezwungen wurden, täglich zwanzig Stunden zu arbeiten. (Radio New Delhi)

ZUR KLÄRUNG DER BEGRIFFE

«Praktizismus»?

In westlicher Auffassung:

Im westlichen Sprachgebrauch ist der Begriff «Praktizismus» nicht vorhanden. Es werden nur die Begriffe «Praxis» und «praktizieren» in dem Sinn verwendet, dass vor allem medizinische oder Rechtstheorien durch einen Beruf auf die Wirklichkeit angewendet werden. Der Arzt zum Beispiel «praktiziert» in seiner «Praxis» die Erkenntnisse der Medizin an seinen Patienten.

In östlicher Auffassung:

Das östliche Verständnis des Begriffes beruht auf der Lehre von Karl Marx von der Einheit von Theorie und Praxis. Sie sind unlösbar und einander sich ergänzend verbunden. Theorie ohne Praxis ist tot, Praxis ohne Theorie bleibt nach kommunistischem Verständnis wirkungslos. Nur ihre Verbundenheit vermag die Welt zu ändern. Marx drückt diesen Gedanken in der Schrift «Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie» (Frühschriften S. 218) aus, wie folgt:

«Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist... Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen.»

Oder:

«Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.»

Mit dem Begriff «Praktizismus» nun bezeichnet der Kommunismus jedes Handeln, das diese Verbundenheit von Theorie und Praxis stört oder auflöst. Es gilt als «Abweichung» von der ideologischen Linie.

1. Enzyklopädisches Wörterbuch, Band 2, Moskau 1954:

«Praktizismus: die Neigung zur praktischen Tätigkeit, wobei die Bedeutung der Theorie nicht genügend bewertet wird; Lösung von praktischen Aufgaben ohne Berücksichtigung der allgemein staatlichen Interessen.»

2. «Wilhelm Liebknechts Fremdwörterbuch» Dietz-Verlag, Berlin 1953:

«Praktizismus: schädlicher Arbeitsstil; Vernachlässigung der politisch-ideologischen Arbeit zugunsten der Lösung rein technisch-organisatorischer Aufgaben; Ausserachtlassung der grundsätzlichen Gesichtspunkte und der grossen Ziele, die nur aus der Einheit von Theorie und Praxis, d. h. aus dem Studium und der Anwendung des Marxismus-Leninismus gewonnen werden können.»

Politik

Bulgarien

Caux und die Neutralität

«Im Schatten der Neutralität» lautet die Ueberschrift eines wiederum (siehe KB, Nr. 47, 1960) mit dem Namen Albert Kühne gezeichneten Briefes aus der Schweiz, den «Rabotnitschesko delo», eine führende Zeitung Sofias, am 6. März veröffentlichte.

Der Artikel befasst sich mit der Bewegung der Moralischen Aufrüstung in Caux, «ein Institut, das die Kader zur Verbreitung des

Kalten Krieges vorbereitet». Besonders grimmig vermerkt wird die Tatsache, dass die Bewegung den Völkern der Entwicklungsgebiete grösste Aufmerksamkeit schenkt. Da die «Moralische Aufrüstung» dem Kommunismus in Asien und Afrika entgegentritt, ist sie nach der Darstellung des bulgarischen Blattes nicht nur gegen die friedliche Koexistenz (wie jeder, der in diesen Kontinenten für eine andere als die kommunistische Ideologie wirkt) sondern auch gegen den Frieden im allgemeinen.

Der Schweiz (die in diesem Zusammenhang im Osten verschiedentlich als Beherrgerin revanchistischer, kriegshetzerischer Kreise angegriffen wird) wird einmal mehr eine unneutrale Haltung vorgeworfen: «Weite öffentliche Kreise sind entrüstet, dass auf Schweizer Boden die Existenz einer Organisation zugelassen wurde, deren Tätigkeit öffentlich gegen jene Staaten gerichtet ist, die von der Schweizer Regierung anerkannt sind. Die ehrlichen Bürger stellen sich, gestützt auf die Verfassung, die Frage: Wann und in welchem Falle wird die schweizerische Neutralität verherrlicht?»

Curriculum der Woche

TOM MBOYA

Generalsekretär der aus den kürzlichen Parlamentswahlen in Kenia siegreich hervorgegangenen Kenia African National Union (KANU). Der Regierungsbildung stehen aber noch Schwierigkeiten im Weg. Mboya selbst will einen Kabinettsposten nur unter Bedingung der Freilassung Kenyattas (siehe Curriculum KB, Nr. 9) annehmen.

Geboren im August 1930 auf der Insel Rusinga im Viktoriasee. Angehöriger des Luo-Stammes, dem zweitgrössten Stamm des Landes. Getauft und in katholischen Missionsschulen erzogen, zuletzt im Holy Ghost College bei Nairobi, das er mit 16 Jahren verlässt, um sich als Sanitätsinspektor auszubilden. Uebt den Beruf während zweieinhalb Jahren in der Stadtverwaltung von Nairobi aus, widmet sich dann aber ausschliesslich der Gewerkschaftsbewegung. Baut die Vereinigung afrikanischer Angestellten aus, deren Präsident er wird. Wird bereits 1954 Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Kenia und baut in der Folge auf diesem Posten seine Stellung als einer der einflussreichsten nationalistischen Führer des Landes auf. Unternimmt im gleichen Jahre mehrere grössere Reisen, darunter nach Genf, nach Indien und Pakistan. 1955 und 1956 Studium am Ruskin-Arbeiter College von Oxford, wo er vor allem Vorlesungen über Industriefragen, politische Institutionen und internationale Beziehungen besucht. In den Semesterferien Vortragstourneen in Europa und Amerika, wo er auch Mittel für den Ausbau seiner Gewerkschaftsbewegung in Kenia findet. Nach seiner Rückkehr nach Nairobi 1956 widmet er sich verstärkt der Politik und wird 1957 in die Legislativversammlung gewählt. Nimmt im Januar 1960 an der Londoner Konferenz über die neue Verfassung teil, die jetzt in Kraft getreten ist und ihm bei den ersten Generalwahlen den Sieg brachten.

Unser Memo

Eine mögliche Tumultstätte im Seilziehen zwischen Moskau und Peking blieb vor den Kulissen ruhig.

Der albanische Parteisekretär Hodscha ist beim kürzlichen KP-Kongress in Tirana in seiner Stellung bestätigt worden, aber seine Isolation im Rahmen der europäischen Satelliten ist immer noch zu bemerken. Infolge seiner kriegerischen maoistischen Haltung, die er der weichen Linie Moskaus gegenüber annahm, war sein vom Kreml geförderter Sturz für möglich erachtet worden, aber mit einigen Konzessionen, darunter der nominellen Verurteilung des Dogmatismus (als dessen europäischer Hauptvertreter er ja selbst gilt) vermochte er seine Machtposition und sämtliche Parteiämter zu behaupten.

Wie distanziert aber die Unterstützung der Albanischen Volkspartei (KP) durch die Volksdemokratien ausfällt, zeigt charakteristisch die Rede des rumänischen Parteidelegierten Stefan Voicu am albanischen Kongress, die im Bukarester Parteiorgan «Scanteia» veröffentlicht wurde. Hodschas Name wird im ganzen Text absolut nicht erwähnt, und nicht einmal die Albanische Volkspartei wird ausdrücklich genannt. Dagegen nahm Voicu zweimal auf Chruschtschew Bezug, was den albanischen Delegierten wohl als Wink mit dem Zaunpfahl über die zu geltende geistige Führerschaft im kommunistischen Lager erschienen sein wird.

Nicht weniger bezeichnend ist es, dass der rumänische Vertreter den von der albanischen KP so verhassten Revisionismus nur beiläufig zurückwies, im Zusammenhang mit der Verurteilung des Dogmatismus und «jeglicher Abweichung oder Umdeutung des schöpferischen Marxismus.» Diese Formulierung allein ist schon bemerkenswert, räumt sie doch der hergebrachten Parteitheorie eine freie Behandlung ein, was einem mittelbaren Bekenntnis an mögliche «Revisionismen» recht nahekommt.

Schliesslich verzichtete Voicu auf jeglichen Angriff auf Hodschas Erzfeind Tito und dem jugoslawischen Revisionismus. Dabei hatte derselbe Redner vor zwei Jahren den Titoismus öffentlich als Versuch zur Unterminierung der Einheit im kommunistischen Lager aufs schärfste gebrandmarkt.

Die Differenzen um die albanische KP sind keineswegs so beigelegt, wie es der soweit programmgemäss verlaufene Kongress in Tirana vermuten lassen könnte. Zwar wurde nach aussen die Einheit gewahrt, aber unter der Oberfläche gehen die Spannungen weiter. Pekings Vorposten im Lager der Moskauer Satelliten wird noch zu weiteren Reibereien Anlass geben.

BRIEFE

Desinteressierte Hochfinanz

H. L. in Lüssingen. Es wäre nun an der Zeit, wenn in erster Linie jene, die vor dem Kommunismus am meisten Angst haben, also die Grossverdiener, die direkten Nutzniesser der Konjunktur, das Grosskapital überhaupt, ihre Bestrebungen massiv unterstützen. Als einfacher Arbeiter mit kleinem Lohn will ich ein wenig abwarten

(mit der Erneuerung des KB-Abonnements), ob die ehrenwerte Hochfinanz bald einmal eine grosszügige Geste tut, wozu es hohe Zeit wäre.

Zunächst sind wir überzeugt, dass eine sich tätig auswirkende Angst vor dem Kommunismus nicht nur Sache der Grossverdiener sein sollte. Ferner sind wir überzeugt, dass die Rettung der Werte, die wir und andere Institutionen verteidigen, nicht allein und nicht in erster Linie von der Hochfinanz abhängt, sondern vom Willen des Einzelnen. Anders wären wir nicht berechtigt, immer wieder den Opfersinn «kleiner Leute» anzurufen, solange grössere Budgets uns verschlossen bleiben. So aber wird uns der Aufruf zur Pflicht. Wir zögern deshalb auch nicht, Ihr Angebot auf Zeit- und Arbeitsopfer mit Dank anzunehmen. Was Ihre Mahnung nach «oben» anbetrifft, so hoffen wir mit Ihnen, dass sie immer besser gehört werde. Red. KB

Dienst von heute

A. G. in Birsfelden. Betreffend Leiter KB, Nr. 3, vom 1. Februar. Sie unterstützen in Ihrem Artikel die Idee vom Friedenskorp für unterentwickelte Länder. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die katholischen Missionen diese Idee schon lange verwirklichen, vor allem durch den Einsatz von Missionsbrüdern, bei denen alle möglichen Berufe vertreten sind. Vor allem aber wurde die Idee vom persönlichen Einsatz in den Notgebieten der Welt durch das Missionsjahr gefördert. Man will dadurch sogenannte Laienhelfer gewinnen, die sich verpflichten, eine gewisse Zeit — meistens einige Jahre — im Dienste der Mission zu wirken, nicht als Verkünder des Glaubens, sondern zur Lösung kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und technischer Probleme. In verhältnismässig kurzer Zeit hat die Idee schon ihre ersten Früchte getragen, da solche Laienhelfer bereits in den verschiedensten Gebieten der Welt erfolgreich tätig sind.

Die Missionsarbeit der Kirchen, die heute angesichts der Gefahr des totalitären Materialismus noch verstärkt an ihre gemeinsame Aufgabe herantreten, muss der Freien Welt als Vorbild für wirkliche, vom Profitenken unabhängig Hilfe dienen. Das angeführte Beispiel des Laienwirkens scheint uns dem Gebot der Stunde besonders eindrücklich Rechnung zu tragen.

Red. KB.

Der Schnappschuss

Aus der Warschauer «Trybuna Ludu»: Der Plan sieht vor, dass es in der Wojewodschaft Warschau 1965 etwa 778 000 Hasen geben wird. Auf 100 ha werden 21 Hasen entfallen. Der Plan ist wirklich genau. Ob ihn aber auch die Hasen kennen?

Von 30 Märchenfilmen, die 1960 in der CSSR hergestellt wurden, beschäftigten sich 23 mit den Problemen des sozialistischen Aufbaus. Das Urteil der Pressburger Zeitung «Uj szo» lautet, für den Westen wenig überraschend: Thematisch richtig, künstlerisch unbefriedigend.

«Schöne neue Sitten» nennt die Budapester «Nepszava» die Namensgebungsfeste, die vor zwei Jahren als Konkurrenz zur kirchlichen Taufe eingeführt wurden und sich günstig entwickelt hätten. Für den feierlichen Rahmen ist der Kommunistische Jugendverband (KISZ) besorgt. Auch Eheschliessungen und Begräbnisse ohne kirchliche Mitwirkung hätten Fortschritte zu verzeichnen.

Jacks Mahnfinger

«Die rechte Hand des Weissen Hauses», überschreibt die in Sarajevo erscheinende Tageszeitung «Oslobodjenje», das führende Blatt der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien und Herzegowina diese Karikatur zum Besuch Harrimans bei den europäischen Staatsoberhäuptern. Die amerikanische Forderung nach stärkerer Beteiligung Europas an den gemeinsamen Anliegen des Westens hat im Osten zum Teil recht unterschiedlichen Kommentaren hervorgerufen. An die Adresse der westeuropäischen Bevölkerung richtete man vor allem die Warnung, sich vom amerikanischen Imperialismus nicht aussaugen zu lassen, während man der eigenen Bevölkerung gegenüber vor allem das Schreckensbild eines immer tonangebenderen Bonner Militarismus an die Wand malte. Die jugoslawische Darstellung verzichtet auf solche Sonderinterpretationen und begnügt sich mit einem relativ sanften Belächeln der Zahlungswilligkeit im westeuropäischen Lager. Eine Zeichnung, wie sie durchaus auch in der Presse der Freien Welt hätte erscheinen können.

